Presse

AG Kultur und Medien

Der 17. Juni 1953 darf nicht in Vergessenheit geraten

***Katrin Budde**, zuständige Berichterstatterin*

Ohne den 17. Juni 1953 und ohne die mutigen Männer und Frauen, die damals auf die Straße gegangen sind, hätten wir kein wiedervereinigtes Deutschland. Bei diesem ersten Volksaufstand im sowjetischen Machtbereich forderten mehr als eine Million Bürgerinnen und Bürger der DDR freie Wahlen, das Ende der deutschen Teilung und den Rücktritt der Regierung. Diese mutigen Menschen waren die Wegbereiter unserer heutigen Demokratie.

„Der Unmut in der Bevölkerung kam schon 1952 auf. Die SED hatte beschlossen den ‚Sozialismus planmäßig auszubauen'. Die Länder, Landtage und Landesregierungen wurden aufgelöst, 14 Bezirke errichtet und der zentralistische Einheitsstaat entstand. Es kam zu Enteignungen. Nahezu alle Betriebe wurden in sozialistisches Eigentum überführt, die Zwangskollektivierung in der Landwirtschaft wurde durchgesetzt. Die Ausgaben für Rüstung rissen Löcher in den Staatshaushalt, die Waren des täglichen Bedarfs wurden knapper, die Arbeitsnormen erhöht.

Nach dem Tod Stalins wurden auf Geheiß der sowjetischen Machthaber viele Repressionen zurückgenommen, doch es war bereits zu spät. Was schon am 16. Juni mit Streiks, Protesten und Demonstrationen begann, wuchs sich am 17. Juni 1953 zu einem Volksaufstand aus, einer Massenerhebung, die auf unzählige Städte der DDR übergriff.

Im Osten wurde der Volksaufstand totgeschwiegen oder als Werk von Faschisten und Kapitalisten verunglimpft. Der Westen war überrascht, bewertete die Ereignisse aber unterschiedlich.

Zwischen dem Volksaufstand 1953 und dem Herbst 1989 gibt es viele Parallelen. Mutige Menschen gingen für Freiheitsrechte und Demokratie auf die Straße. Auch im Bedeutungsverlust mit wachsendem zeitlichen Abstand zum Ereignis sind sich der Volksaufstand von 1953 und die Friedliche Revolution von 1989 sehr ähnlich. Das dürfen wir nicht zulassen. Das sind wir den mutigen Menschen von 1953 und 1989 schuldig. Und wir sind es unseren Kindern

schuldig, denn wir dürfen die Demokratie nicht verspielen: Wir müssen sie verteidigen und zukunftssicher machen.“